

Mrowetz, Nadja

Sicherheit, Frieden und Krieg. Begriffe in Politikwissenschaft und Erwachsenenbildung

Magazin erwachsenenbildung.at (2024) 53, S. 46-52



Quellenangabe/ Reference:

Mrowetz, Nadja: Sicherheit, Frieden und Krieg. Begriffe in Politikwissenschaft und Erwachsenenbildung - In: Magazin erwachsenenbildung.at (2024) 53, S. 46-52 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-321437 - DOI: 10.25656/01:32143

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-321437>

<https://doi.org/10.25656/01:32143>

in Kooperation mit / in cooperation with:

Meb



Magazin
erwachsenenbildung.at

und



Institut CONEDU

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen sowie Abwandlungen und Bearbeitungen des Werkes bzw. Inhaltes anfertigen, solange Sie den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-License: <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en> - You may copy, distribute and render this document accessible, make adaptations of this work or its contents accessible to the public as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Magazin

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

<https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Sicherheit, Frieden und Krieg Begriffe in Politikwissenschaft und Erwachsenenbildung

Nadja Mrowetz

In der Ausgabe 53, 2024:
Frieden und Krieg.
Denkanstöße und Herausforderungen für die Erwachsenenbildung



Sicherheit, Frieden und Krieg

Begriffe in Politikwissenschaft und Erwachsenenbildung

Nadja Mrowetz

Zitation Mrowetz, Nadja (2024): Sicherheit, Frieden und Krieg. Begriffe in Politikwissenschaft und Erwachsenenbildung. In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 53, 2024. Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin/ausgabe-53>.

Schlagnote: Kriegslogik, Friedenslogik, Sicherheit, Politikwissenschaft, Weiterbildung, Erwachsenenbildung, Begriffe, Definitionen



Abstract

Krieg und Frieden erscheinen medial häufig als Gegensatzpaar. Die Politikwissenschaft stelle der Friedenslogik allerdings traditionell nicht die Kriegslogik, sondern die Sicherheitslogik gegenüber. Die Idee dahinter war aufzuzeigen, dass zu starkes Sicherheitsstreben als Kriegsvorläufer fungieren kann und es aus friedenslogischer Sicht zu spät ist, erst beim Kriegsbegriff anzusetzen. Die Autorin fasst die Hintergründe von Friedens- und Sicherheitslogik aus politikwissenschaftlicher Perspektive zusammen und stellt diese in Kontext zum Kriegsbegriff. Begriffsbedeutungen seien dabei stets zu überprüfen und in Verbindung zu aktuellen politischen Ereignissen zu setzen. Erwachsenenbildung könne als Friedensbildung einen wichtigen Beitrag leisten, indem die hier diskutierten Begriffe, ihre Bedeutung und ihre gesellschaftliche Kontextualisierung in Bildungsprozessen hinterfragt und damit verbundene Ängste und Misstrauen benannt werden. (Red.)

Sicherheit, Frieden und Krieg

Begriffe in Politikwissenschaft und Erwachsenenbildung

Nadja Mrowetz

**Das alles beginnt bei Begriffen,
bei Definitionen – mit der Historie eines Wortes...**

Der Europäische Gerichtshof forderte mit seinen Urteilen in den Jahren 2014 und 2016 neben dem bereits bestehenden Recht auf Freiheit zwar ein Recht auf Sicherheit (siehe Europäischer Gerichtshof 2014 u. 2016), doch bis heute wird dies aus juristischer Sicht vor allem als Schutzrecht der Bürger*innen vor staatlicher Willkür interpretiert.

Die Idee, dass der Erhalt des Friedens und der Sicherheit der Staatsbürger*innen Aufgabe des Staates sei, konkretisierte sich schon in Thomas Hobbes „Leviathan“ aus dem Jahr 1651. In dieser staatstheoretischen Schrift unterwerfen sich Menschen einem allmächtigen Souverän, dem sog. Leviathan, und geben Teile ihrer Freiheiten auf: Im Gegenzug soll ihnen ein Leben in Frieden und Sicherheit garantiert werden (vgl. Hobbes 1980 [1651], S. 155). Die Wahl der Mittel ist dem Leviathan dabei freigestellt (vgl. ebd., S. 160f.), solange er die Menschen vom Krieg aller gegen alle befreit.

Auch fast 400 Jahre später interpretierte Franz-Xaver Kaufmann das staatliche Versprechen der Sicherheit noch als Legitimationsgrundlage für die Möglichkeit der Gewaltausübung durch den Staat (vgl. Kaufmann 1973, S. 56).

„Versicherheitlichung“: Über die Konstruktion von Sicherheitsproblemen

Aus konstruktivistischer Perspektive, etwa nach der sog. „Kopenhagener Schule“, werden die Entstehung von Sicherheitsproblemen und Gewalt in einen anderen Kontext gesetzt: So verweist das Konzept der „Securitization“ (gemeinhin als Versicherheitlichung übersetzt) auf die soziale Konstruktion von Sicherheitsproblemen (Buzan/Wæver/Wilde 1998, S. 26).¹ Diese entstünden demnach erst, wenn über sie gesprochen wird – sie also auf die politische Agenda gesetzt und dadurch aus dem Bereich der „regulären“ Politik in den Bereich der Sicherheitspolitik überführt werden. Im Grunde könne jedes Thema versicherheitlicht werden: Es sei aber essenziell, etwaige Sicherheitsprobleme als existenzielle Bedrohung für die Souveränität eines Staates zu verstehen (vgl. ebd., S. 22). Die Angst um das eigene staatliche Überleben ist dann Antriebskraft und Legitimationsgrundlage für den Akt der Versicherheitlichung und die Umsetzung von Notstandsmaßnahmen, z.B. den Einsatz von Gewalt (vgl. ebd., S. 26). Der Ausnahmezustand kann im Laufe der Zeit zum Normalzustand werden. Schnelles Handeln einschließlich der Anwendung

¹ Die „Kopenhagener Schule“ um Barry Buzan bot im Jahr 1998 mit dem Konzept der „Securitization“ einen theoretischen Rahmen zur Analyse von Sicherheitsdiskursen und -praktiken. „Versicherheitlichung“ beschreibt dabei den Prozess, durch den ein Thema von politischen Akteur*innen als existenzielle Bedrohung dargestellt wird, die dringende Maßnahmen und gegebenenfalls auch außergewöhnliche politische oder rechtliche Schritte rechtfertigt, um diese Bedrohung zu bekämpfen. Im Vergleich zur Kopenhagener Schule konnten sich andere Konzepte, wie z.B. der Waliser oder Pariser Schule, weniger gut durchsetzen.

von Gewalt zählen dabei als sicherheitslogisches Mittel der Wahl zur Sicherung des eigenen Überlebens (vgl. ebd., S. 21 u. S. 24). Zeit für langwierige Kommunikation mit dem*der „Gegner*in“ bleibt nicht: Stattdessen gelte es, den sogenannten „*point of no return*“ (ebd., S. 25) zu beachten und etwaigen Bedrohungen frühzeitig zu begegnen – bevor es zu spät ist. Daraus ergibt sich ein grundsätzliches Misstrauen: Wer nicht „Freund*in“ ist, wird zum*zur „Feind*in“ erklärt. Und diese*n „Feind*in“ heißt es, durch Drohungen und Machtdemonstrationen abzuschrecken, indem z.B. kollektive Sicherheitssysteme aufgebaut, der Sicherheitsapparat ausgebaut oder militärisch aufgerüstet wird.

Die Kopenhagener Schule stellte mit ihrem Konzept vor allem das „beobachtende Publikum“ in den Mittelpunkt des Versicherheitlichungsprozesses, weil es die staatlich suggerierte existenzielle Bedrohung auch als solche verstehen müsse – unabhängig davon, ob tatsächlich eine Bedrohung vorliegt oder nicht (vgl. ebd.). Themen werden daher nicht automatisch zum Sicherheitsproblem aufgrund ihrer objektiven Gefährlichkeit, sondern erst durch den Diskurs und die Zustimmung des Publikums oder relevanter politischer Akteur*innen dazu gemacht. Ohne den Rückhalt der Bürger*innen für politische Grenzüberschreitungen sei sie nicht denkbar (vgl. ebd.).

Lange Zeit zeigte sich die politische Landschaft in Europa vor allem durch derlei sicherheitslogische Ansätze geprägt.²

Friedenslogische Perspektiven: Eine Frage der Kommunikation

Christiane Lammers folgend sollte der Begriff der Friedenslogik jenem der Sicherheitslogik entgegengesetzt (vgl. Lammers 1998, S. 123f.) und so eine Basis für die Ausbildung einer friedenslogischen Identität geschaffen werden (vgl. ebd., S. 125). Schließlich mache es einen wesentlichen Unterschied, ob

die politische Logik im Wesentlichen sicherheitsstrategisch kommuniziere oder ihren Fokus auf den Frieden lege (vgl. Quack 2018, S. 7). Die Unterscheidung, so Martin Quack weiter, läge etwa darin, dass Frieden nur miteinander funktioniere, d.h. inklusiv und unter dem Versuch, Gewalt zu vermeiden bzw. zu minimieren (vgl. ebd.), oder wie Lammers schreibt, unter dem Versuch, die von Gewalt betroffenen Menschen zu schützen (vgl. Lammers 1998, S. 127).

Gleichermaßen solle die Schuld an der Auseinandersetzung unter Einbeziehung der eigenen Anteile am Konflikt nicht einfach dem*der „Gegner*in“ zugeschrieben, sondern Gewalt stattdessen als Ergebnis komplexer Konflikte analysiert, verstanden und schließlich transformiert werden. Unterschiedliche Interessen seien dabei zunächst als grundsätzlich legitim zu verstehen und eine friedliche und vertrauensvolle gemeinsame Lösung wäre anzustreben: keinesfalls gewaltvoll durch das Recht „des Stärkeren“. Im Gegensatz zu sicherheitslogischem Handeln gehe es daher nach Lammers nicht um die Durchsetzung eigener Interessen, sondern vielmehr um einen Machtausgleich unter Akzeptanz der Universalität von Menschenrechten und der damit einhergehenden Gleichwertigkeit aller Bürger*innen. Weil die Meinung des*der anderen zählt und es zum Ziel gehört, eine gemeinsame kooperative Lösung zu finden, sei auch eine Bereitschaft für Verhandlungen und Gespräche zwingend notwendig (vgl. ebd., S. 126f.). Misstrauen und Drohungen wären dann kontraproduktiv.

Warum Friedenslogik vs. Sicherheitslogik?

Warum aber wird dem Begriff Friedenslogik der Begriff Sicherheitslogik entgegengesetzt? Suggestiert der Begriff Friedenslogik als vermeintlicher Gegensatz zur Sicherheitslogik doch zunächst einmal, dass Sicherheitslogiker*innen gar kein Interesse am Frieden hätten.

² Ein Beispiel dafür sind die terroristischen Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001 und die darauffolgende Terrorismusgesetzgebung (vgl. Mrowetz 2023, S. 206ff.) – auch in Europa. Die Attentate wurden von politischen Akteur*innen als existenzielle Bedrohung für die internationale Ordnung dargestellt, welche weltweite Akzeptanz fand und zu einer Versicherheitlichung des Terrorismus geführt hat. In Bezug auf diese Ereignisse wurden (und werden weiterhin) tiefgreifende rechtliche und politische Veränderungen abgeleitet und damit die Ausweitung staatlicher Befugnisse, die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten oder die Legitimation von präventiven Maßnahmen oder Militäraktionen gerechtfertigt.

Unter Betrachtung der Wortherkunft verweist das Wort „Friede(n)“ auf „Freundschaft“ und auf „Schutz verschaffen“ (vgl. Duden 2020, S. 287). Das Wort „sicher“ wird mit „sorglos“ und „Schutz“ umschrieben (vgl. ebd., S. 779). Im Grunde verfolgen Friedens- und Sicherheitslogiker*innen demnach das gleiche Ziel, nämlich Sorglosigkeit und Schutz zu generieren. Allerdings unterscheiden sie sich grundlegend in der Wahl ihrer Mittel zur Zielerreichung sowie durch ihre Akteur*innen bzw. Bezugspersonen.

Wenn Lammers darauf hinweist, dass sich die Friedenslogik ursprünglich aus der „*Kritik an der Abschreckungslogik*“ (Lammers 1998, S. 125) entwickelt habe, deutet das m.E. auf eine Unterscheidung hinsichtlich der Mittel zur Konfliktbearbeitung hin: sicherheitslogische Abschreckung versus friedenslogische Gesprächsbereitschaft. Aus sicherheitslogischer Perspektive wäre Gewalt bis hin zum Krieg erlaubt, um die eigene Existenz zu sichern. Bei Friedenslogiker*innen steht ein Friedensbegriff im Mittelpunkt, der – neben anderen Aspekten – auch als Abwesenheit von Gewalt definiert wird (vgl. ebd., S. 126). Gewalt würde demnach immer weitere Gewalt auslösen und daher für die Konfliktlösung nicht förderlich sein, so Lammers (vgl. ebd., S. 126f.).

Folglich sollten aus friedenslogischer Sicht Dialoge zwischen möglichen Konfliktparteien möglichst frühzeitig gefördert werden, damit sich Konflikte gar nicht erst bis zum Krieg verfestigen könnten. Zwar wäre, was die Mittel zur Konfliktbearbeitung betrifft, durchaus auch eine begriffliche Gegenüberstellung von Friedenslogik und Kriegslogik (statt Friedenslogik und Sicherheitslogik) denkbar gewesen. Wird allerdings berücksichtigt, dass die Bedeutung des Wortes „kriege“ auf den „Streit“ bzw. die „bewaffnete Auseinandersetzung“ sowie auf „krieg“ als „Hartnäckigkeit“ verweist (vgl. Duden 2020, S. 478), hätte eine solche Konfrontation dieser Begriffe eine noch größere inhaltliche Trennung suggeriert: Dann würde die Kriegslogik übergeordnet für das Streiten und die Friedenslogik für die Freundschaft zwischen den gegnerischen Parteien stehen.

Neben den Mitteln zur Konfliktbearbeitung unterscheiden sich Friedens- und Sicherheitslogik m.E. auch durch ihre Akteur*innen: In der Sicherheitslogik spielen Feindbilder eine wesentliche Rolle, wenn es um die Sicherung der eigenen Interessen

geht. Friedenslogiker*innen hingegen suchen den Konflikt beider Parteien aufzulösen, indem sie möglichst frei von Misstrauen und Befürchtungen ihrem Gegenüber immer wieder Verhandlungsbereitschaft suggerieren. Zudem unterscheiden sich die beiden Logiken nach der Frage, für wen Sicherheit bzw. Frieden erreicht werden soll. Aus Sicht der Friedenslogiker*innen sollten das Allgemeinwohl, die Zivilgesellschaft und die von Gewalt betroffenen Menschen im Mittelpunkt stehen und Gewaltopfer aus ihrer Rolle befreit werden (vgl. Lammers 1998, S. 126). Die sicherheitslogische Perspektive fokussiert hingegen auf die Verteidigung staatlicher Interessen (vgl. ebd., S. 127). Aus Sicht der Akteur*innen wäre also auch eine Gegenüberstellung der Begriffe Zivillogik und Staatslogik denkbar gewesen.

Sicherheitsstreben als Kriegsvorläufer?

Die Kombination der Begriffe Frieden und Sicherheit ist nach Betrachtung der Mittel und der Akteur*innen der Konfliktbearbeitung vielleicht nicht die naheliegendste: Auch eine Gegenüberstellung der Begriffe Zivillogik und Staatslogik (nach den Akteur*innen) bzw. Friedenslogik und Kriegslogik (nach den Mitteln) hätte sich angeboten.

Daher zurück zum Anfang: Das ursprüngliche Ziel der Friedenslogiker*innen sei es gewesen, sich gegen das zunehmende „*Sicherheitsvokabular*“ (vgl. ebd., S. 123) zu richten – so Lammers. Wird diesem Grundgedanken ein Zitat von Dieter Bonhoeffer hinzugefügt, erklärt sich das Gegensatzpaar Friedenslogik und Sicherheitslogik noch etwas besser: „*Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn der Friede muß gewagt werden. Friede ist das Gegenteil von Sicherung. Sicherheiten fordern heißt Mißtrauen haben, und dieses Mißtrauen gebiert wiederum Krieg. Sicherheiten suchen heißt sich selber schützen wollen. Friede heißt sich gänzlich ausliefern dem Gebot Gottes, keine Sicherung wollen, sondern in Glaube und Gehorsam dem allmächtigen Gott die Geschichte der Völker in die Hand legen und nicht selbstsüchtig über sie verfügen wollen*“ (Boenhoeffer 1934, o.S.).

Nach andauernder Sicherheit zu suchen, könnte demnach der erste Schritt in Richtung Krieg sein, da sich Gewalt aus zu starkem Sicherheitsstreben

ergeben könne. Hintergrund einer Gegenüberstellung des Begriffspaars Friedenslogik und Sicherheitslogik scheint es daher gewesen zu sein, das Sicherheitsstreben als Ursache und Anfang allen Übels – als Kriegsvorläufer – kenntlich zu machen. Wenn Gewalt aus friedenslogischer Sicht verhindert werden soll, dann wäre es zu spät, erst beim Krieg zu beginnen: stattdessen wäre schon bei übermäßigem Sicherheitsstreben anzusetzen. Dieses kann sich durch präventives Handeln äußern, im Rahmen dessen einem*r „Gegner*in“ bestimmte Handlungen in der Zukunft unterstellt werden – aber ohne sicher zu wissen, ob diese auch tatsächlich durchgeführt worden wären.

Ausblick

(Weiter-)Bildung sollte immer bei Begriffserklärungen beginnen, denn häufig entstehen Konflikte aufgrund einer unterschiedlichen Wahrnehmung desselben Sachverhalts. Auch wenn es nun im konstruktivistischen Sinne keine objektive Wirklichkeit gibt, wenn durch Fake News und Künstliche Intelligenz Realität und soziale Konstruktion zunehmend verschwimmen können, bleiben Begriffe und Definitionen doch meist bestehen. Langfristiger Frieden benötigt deshalb zunächst einen gemeinsamen Zeichenvorrat im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Begriffsverständnisses – beginnend bei einer eindeutigen Konkretisierung von Begriffen, die in aller Munde sind: wie zum Beispiel „Sicherheit“, „Frieden“, „Krieg“ oder „Terrorismus“. Das geht einher mit der Förderung des Diskurses zwischen Wissenschaft und Praxis. Insbesondere unter Beachtung der Tatsache, dass „das beobachtende Publikum“ (s.v.) im

Versicherheitslichungsakt eine wesentliche Rolle zu spielen scheint. Der Validierung von Begriffen und Informationen kommt eine immer größere Bedeutung zu, um Menschen zu befähigen, vermeintliche Tatsachen zu überprüfen und Falschinformationen zu erkennen. Erwachsenenbildung kann dann auch dabei helfen, Ängste und Misstrauen abzubauen und dadurch Frieden langfristig zu fördern.

Des Weiteren könnte die Erwachsenenbildung einen wesentlichen Beitrag zur Konflikttransformation leisten, indem sie die Selbstverantwortung der Menschen stärker fördert. Wenn Johan Galtung (2000, S. 2) etwa vom „(Friedens-)Dialog der Konfliktparteien“ oder von „gegenseitiger Empathie“ spricht, muss vorausgesetzt werden, dass jede der beiden Kriegsparteien zuvor Selbstverantwortung übernommen hat: Es wäre naiv zu glauben, die Kriegführenden würden spontan empathisch und aus diesem Grunde einen lang geführten Krieg spontan beenden. Empathie entsteht nicht aus sich selbst, sondern muangeleitet und durch Übung entwickelt werden. Eine solche persönliche Weiterentwicklung, die bei der Verantwortung eines jeden Menschen selbst beginnt, benötigt stetige Bildungsangebote, um die Möglichkeit zu schaffen, eingefahrene Muster auch im Erwachsenenalter durchbrechen zu können.

Nicht zuletzt braucht es weiterbildende Maßnahmen, um Ängste und Sorgen der Menschen abzubauen sowie um Empathie und Selbstverantwortung auszubilden und dadurch frühere Verhaltensweisen zu überwinden und langfristig neue Verfahren etablieren zu können.

Literatur

- Bonhoeffer, Dietrich (1934):** Das Wagnis des Friedens. Zit. aus: London 1933-1935, DBW Band 13, S. 300f.
Online: <https://www.dietrich-bonhoeffer.net/zitat/617-es-gibt-keinen-weg-zum-frie/> [2024-08-28]
- Buzan, Barry/Wæver, Ole/Wilde, Jaap de (1998):** Security. A New Framework for Analysis. Colorado: Lynne Rienner Publishers, Boulder.
- Duden (2020):** Das Herkunftswörterbuch. Etymologie der deutschen Sprache, 6., voll. überarb. u. erw. Aufl. Berlin: E-Book.
- Europäischer Gerichtshof (2014):** Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) vom 8. April 2014, zu den verbundenen Rechtssachen C-293/12 und C-594/12. Online: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:62012CJ0293&from=DE> [2024-08-28]
- Europäischer Gerichtshof (2016):** Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) vom 15. Februar 2016, in der Rechtssache C-601/15 PPU. Online: <https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=174342&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1> [2024-08-28]
- Galtung, Johan (2000):** Conflict Transformation by Peaceful Means (the Transcend Method): Participants' Manual, Trainers' Manual. Online: https://www.transcend.org/pctrcluj2004/TRANSCEND_manual.pdf [2024-08-28]
- Gawlick, Günter (Hrsg.) (1966):** Thomas Hobbes. Vom Menschen, vom Bürger. Hamburg: Felix Meiner Verlag.
- Hobbes, Thomas (1980 [1651]):** Leviathan. Erster und zweiter Teil. Übersetzung von Jacob Peter Mayer, bibliographisch ergänzte Ausgabe. Stuttgart: Reclam.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1973):** Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Untersuchungen zu einer Wertidee hochdifferenzierter Gesellschaften. 2., umgearb. Aufl. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag.
- Lammers, Christiane (2000):** Das Projekt „Friedenslogik“ im Kontext der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung. In: Sicherheit und Frieden. Security and Peace. 3/2020, 38. Jg., S. 123-128.
- Mrowetz, Nadja (2023):** Sicherheit und Gesellschaft. Kann sich die moderne Gesellschaft auf terroristische Gefährdungen einstellen? Baden-Baden: Tectum Verlag.
- Quack, Martin (2018):** Friedenslogik statt Sicherheitslogik. In: forumZFD Magazin, Ausgabe 01/18, 6-9.
Online: https://pzkb.de/wp-content/uploads/2018/03/180207_zfd_magazin_01-18_rz_web-1.pdf [2024-08-28]
- Schewe, Christoph (2009):** Das Sicherheitsgefühl und die Polizei. Darf die Polizei das Sicherheitsgefühl schützen? Berlin: Duncker & Humblot.



Foto: Live Rothenberger

Dr. rer. pol. Nadja Mrowetz

dr.mrowetz@e.mail.de

Nadja Mrowetz studierte Staats- und Sozialwissenschaften an der Universität der Bundeswehr München und promovierte dort im Jahr 2023. Daneben ist sie mit Themen wie Lernen und Prüfungsvorbereitung sowie mit Fragen der Weiterbildung befasst. Ihre wissenschaftlichen Arbeitsschwerpunkte umfassen Sicherheits- bzw. Unsicherheitsforschung, Fragen der Terrorismusbekämpfung und Rechtsstaatlichkeit sowie lebenslanges Lernen und Weiterbildung. Die Bearbeitung dieser Themen mit Blick auf die Möglichkeiten und Herausforderungen bei der Nutzung Künstlicher Intelligenz bilden dabei ihren aktuellen Forschungsschwerpunkt.

Security, Peace and War

Concepts in political science and adult education

Abstract

War and peace commonly appear in the media as a pair of opposites. Yet political science has traditionally seen the logic of peace in opposition not to the logic of war but to the logic of security. The idea behind this has been to show that too strong of a desire for security can act as a precursor to war and that according to the logic of peace, it is too late to start when war has already broken out. The author sums up what lies behind the logic of peace and security from a political science perspective and contextualizes it with regard to the concept of war. The meaning of concepts must always be reviewed and linked to current political events. As peace education, adult education can make an important contribution by critically examining these three concepts, their significance and their social contextualization in educational processes and thus identifying associated fears and mistrust. (Ed.)



Impressum/Offenlegung



Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

gefördert aus Mitteln des BMBWF

erscheint 3 x jährlich online

Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin>

ISSN: 1993-6818

Medieninhaber



Bundesministerium für Bildung,
Wissenschaft und Forschung
Minoritenplatz 5
A-1010 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A-5360 St. Wolfgang

Redaktion



Institut CONEDU, Verein für Bildungsforschung
und -medien
Keplerstraße 105/3/5
A-8020 Graz
ZVR-Zahl: 167333476

Herausgeberinnen der Ausgabe 53, 2024

Mag.^a Julia Schindler (Universität Innsbruck)

Dr.ⁱⁿ Daniela Ingruber (Institut für Strategieanalysen Wien)

Herausgeber*innen des Magazin erwachsenenbildung.at

Kmsr.ⁱⁿ Eileen Mirzabaegi, BA MA (BMBWF)

Dr. Dennis Walter (bifeb)

Fachbeirat

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Elke Gruber (Universität Graz)

Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für Höhere Studien)

Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)

Mag.^a Julia Schindler (Universität Innsbruck)

Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)

Mag. Lukas Wieselberg (ORF science.ORF.at und Ö1)

Redaktion

Jennifer Friedl, MA (Institut CONEDU)

Mag.^a Bianca Friesenbichler (Institut CONEDU)

Fachlektorat

Mag.^a Laura R. Rosinger (Textconsult)

Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.^a Andrea Kraus

Satz

Marlene Schretter – Visuelle Kommunikation,
basierend auf einem Design von Karin Klier (tür 3))) DESIGN

Website

wukonig.com

Gesamtleitung erwachsenenbildung.at

Mag. Wilfried Frei (Institut CONEDU)

Medienlinie

„Magazin erwachsenenbildung.at – Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ (kurz: Meb) ist ein redaktionelles Medium mit Fachbeiträgen von Autor*innen aus Forschung und Praxis sowie aus Bildungsplanung, Bildungspolitik u. Interessensvertretungen. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an Bildungsforscher*innen und Auszubildende. Das Meb fördert die Auseinandersetzung mit Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik und spiegelt sie wider. Es unterstützt den Wissenstransfer zwischen aktueller Forschung, innovativer Projektlandschaft und variantenreicher Bildungspraxis. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema, das in einem Call for Papers dargelegt wird. Die von Autor*innen eingesendeten Beiträge werden dem Peer-Review eines Fachbeirats unterzogen. Redaktionelle Beiträge ergänzen die Ausgaben. Alle angenommenen Beiträge werden lektoriert und redaktionell für die Veröffentlichung aufbereitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der Herausgeber*innen oder der Redaktion. Die Herausgeber*innen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten solcher Quellen.

Alle Artikel und Ausgaben des Magazin erwachsenenbildung.at sind im PDF-Format unter <https://erwachsenenbildung.at/magazin> kostenlos verfügbar.

Urheberrecht und Lizenzierung

Das „Magazin erwachsenenbildung.at“ erscheint, wenn nicht anders angegeben, ab Ausgabe 28, 2016 unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>).



Benutzer*innen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen verbreiten, verteilen, wiederveröffentlichen, bearbeiten, weiterentwickeln, mixen, kompilieren und auch monetarisieren (kommerziell nutzen):

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der Autor*in nennen und die Quell-URL angeben.
- Angabe von Änderungen: Im Falle einer Bearbeitung müssen Sie die vorgenommenen Änderungen angeben.
- Nennung der Lizenzbedingungen inklusive Angabe des Links zur Lizenz. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieses Werk fällt, mitteilen.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter <https://www.fairkom.eu/CC-at>.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an magazin@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

p. A. Institut CONEDU, Verein für Bildungsforschung und -medien

Keplerstraße 105/3/5, A-8020 Graz

magazin@erwachsenenbildung.at